Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 9 (1968)

Heft: 19

Artikel: Ein Rückblick : 30 Jahre weniger einen Tag

Autor: Barth, Karl / Hromadka, Josef

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1076582

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Ein Rückblick

30 Jahre weniger einen Tag

Karl Barth (Basel) an Josef Hromadka (Prag)

Dieser Brief des bekannten Theologen wurde geschrieben, als es dem nationalsozialistischen Deutschland gelang, sich mit «friedlichen Mitteln» die Zugehörigkeit der Tschechoslowakei zu seiner «legitimen Interessenssphäre» anerkennen zu lassen. Dass die tschechoslowakische Bevölkerung die Parallele verstand, bewies sie, als sie Hakenkreuze auf die sowjetischen Panzer malte.

19. September 1938

Lieber Herr Kollege Hromadka!

...Der Anlass soll benützt sein, um Ihnen zu sagen, mit welcher aufrichtigen Teilnahme wir in diesen ganzen Wochen an Sie, an Ihr Volk und Land gedacht haben und in diesen letzten Tagen ganz besonders denken. Wenn Sie jetzt dort sicher Tag und Nacht nur noch an eines denken können, so dürfen Sie jedenfalls von mir sicher sein, dass ich in Gedanken ununterbrochen mit Ihnen vor derselben Frage stehe. Das eigentlich Furchtbare ist ja nicht der Strom von Lüge und Brutalität, der von dem hitlerischen Deutschland ausgeht, sondern die Möglichkeit, dass in England, Frankreich, Amerika — auch bei uns in der Schweiz — vergessen werden könnte: mit der Freiheit Ihres Volkes steht und fällt heute nach menschlichem Ermessen die von Europa und vielleicht nicht nur von Europa. Ist denn die ganze Welt unter den Bann des bösen Blickes der Riesenschlange geraten? Und muss sich der Pazifismus der Nachkriegszeit — wie mögen die tschechischen Freunde von Ragaz jetzt über diese Sache denken? — nun wirklich in einer so schrecklichen Lähmung aller und jeder Entschlusskraft auswirken? Noch — ich schreibe dies am Montag um die Mittagszeit — scheint das Schlimmste: die Zustimmung der Westmächte zu den unsinnigen Forderungen Deutschlands nicht ausgesprochen zu sein. Aber wenn sie nun doch ausgesprochen wird? Werden Ihre Regierung und Ihr Volk dann dennoch und erst recht fest bleiben? Es steht mir vor Augen, was für eine unendliche Last und Not Sie damit auf sich ziehen würden. Dennoch wage ich es zu hoffen, dass die Söhne der alten Hussiten dem überweich gewordenen Europa dann zeigen werden, dass es auch heute noch Männer gibt. Jeder tschechische Soldat, der dann streitet und leidet, wird es auch für uns — und, ich sage es heute ohne Vorbehalt: er wird es auch für die Kirche Jesu Christi tun, die in dem Dunstkreis der Hitler und Mussolini nur entweder der Lächerlichkeit oder der Ausrottung verfallen kann. Merkwürdige Zeiten, lieber Herr Kollege, in denen man bei gesunden Sinnen unmöglich etwas Anderes sagen kann, als dass es um des Glaubens willen geboten ist, die Furcht vor der Gewalt und die Liebe zum Frieden entschlossen an die zweite und die Furcht vor dem Unrecht, die Liebe zur Freiheit ebenso entschlossen an die erste Stelle zu rücken! Ich kann die Erwartung noch nicht unterdrücken, dass, wenn Prag fest bleibt, London und Paris vielleicht wieder fest werden. An die Möglichkeit russischer Hilfe denkt man ja nicht gerne, weil sie, selbst wenn sie wirksam werden sollte, die Austreibung des Teufels durch Beelzebub bedeuten würde. Aber was wissen wir zuletzt von den Plänen und Absichten der Vorsehung Gottes, die sich in dem allem vollziehen mögen? Sicher ist nur eines: dass, was von menschlicher Seite an Widerstand möglich ist, heute an den Grenzen der Tschechoslowakei geleistet werden muss und dass das gute Gewissen, mit dem man ihn leisten wird — und mit ihm der letzte Erfolg! —, davon abhängt, dass möglichst viele ihr Vertrauen nicht auf Menschen, Staatsmänner, Geschütze und Flugzeuge, sondern auf den lebendigen Gott und Vater Jesu Christi setzen. Es wird nicht zuletzt auch dies Ihre Sorge sein: Ihr Volk in dieser schweren Gegenwart und vor einer vielleicht noch schwereren Zukunft an das Wort Gottes als an den alleinigen Trost im Leben und Sterben zu erinnern und wieder zu erinnern. Die deutschen Bataillone mögen stärker sein, aber ich wüsste nicht, wie und woher sie diese Zuversicht, die zuletzt allein wichtige und haltbare, haben sollten.

Wie mag sich alles gestaltet haben, wenn dieser Brief in Ihren Händen ist?! Versäumen Sie es nicht, allen meinen dortigen Freunden zu sagen, dass ich mit ganzem Herzen mit Ihnen bin. Jeder Gruss und jedes Wort, das Sie mir noch schreiben können, werden mir wichtig und wertvoll sein.

Heute mehr als je Ihnen verbunden Ihr

Karl Barth

Der Satz «Jeder tschechische Soldat ... verfallen kann» wurde in deutschen, holländischen, französischen und anderen Zeitungen «unter Zeichen des Entsetzens» gesperrt. Daraufhin richtete Karl Barth den nachfolgenden Brief an Pfarrer G. J. Derksen in Holland:

26. Oktober 1938

Ich will es in Beantwortung der mir gestellten Frage versuchen, die Ueberlegungen, die hinter dem gesperrt gedruckten Satz standen und noch stehen, kurz darzustellen:

Es ging in der heute verlorenen Sache der Tschechoslowakei gegen das hitlerische Deutschland nicht nur um die Regelung einer territorialen und völkischen Frage. Dass eine solche Frage im Sudetengebiet gestellt und zu beantworten war, ist nicht zu bestreiten. Es scheint, dass der Versailler Vertrag dort unerträgliche Verhältnisse geschaffen hat. Und es scheint, dass die tschechoslowakische Regierung die Wege bisher nicht gefunden hatte, diese zu beseitigen. Eine Beantwortung der damit gestellten Frage hatte aber mit folgenden Voraussetzungen zu rechnen:

1. Den vielleicht vorliegenden Uebelständen musste auf alle Fälle durch die Aufrichtung von Recht, d. h. auf dem Weg einer internationalen Verhandlung und Entscheidung unter Mitsprache und Anhörung aller Beteiligten abgeholfen werden. Indem anstelle dessen der Tschechoslowakei gegenüber der Weg des einseitigen Diktats unter übermächtiger Gewaltsdrohung eingeschlagen wurde, entstand für diesen Staat zunächst die Pflicht der Selbstbehauptung und also der militärischen Verteidigung seiner bisherigen Grenzen. Er hatte mit solcher Selbstbehauptung *rebus sic stansibus* eine Frage der politischen Ordnung in Europa zu beantworten.

2. Den vielleicht vorliegenden Uebelständen durfte unter keinen Umständen durch das bestimmt grössere Uebel abgeholfen werden, die Tschechoslowakei als die einzige östliche Vormacht demokratischer Politik praktisch hilflos zu machen, vier Millionen weiterer europäischer Menschen dem Diktatursystem (seiner Geheimpolizei, seiner barbarischen Justiz, seiner gleichgeschalteten Presse, seinem Antisemitismus, seinem Kirchenkampf, seinem Mythus usw.) auszuliefern und damit diesem System neues Prestige und neue Kraft zuzuführen. Die Tschechoslowakei hatte auch unter diesem Gesichtspunkt die Pflicht zur Selbstbehauptung und also zur militärischen Verteidigung. Und sie hatte mit solcher Selbstbehauptung *rebus sic stantibus* eine Frage der politischen Freiheit in Europa zu beantworten.

Die Kirche Jesu Christi kann der Frage der politischen Ordnung und Freiheit in Europa nicht gleichgültig gegenüberstehen. Sie verkündigt den Totalitätsanspruch des Wortes Gottes. Sie kann diesen Anspruch im Bereich der Diktaturen nur entweder fallen lassen und damit vor Gott und der Welt der Lächerlichkeit verfallen oder ihn aufrecht erhalten und damit die Ausrottung durch die Diktatur auf sich ziehen. Muss sie bereit sein, sich durch vollendete Tatsachen vor dieses Dilemma stellen zu lassen, so kann sie doch eine Politik, die sie vor dieses Dilemma stellt, nicht von sich aus bejahen, gutheissen und wollen. Die Kirche kann die Diktatur erleiden müssen. Der politische Raum, den sie allein bejahen, gutheissen und wollen kann, ist aber der der Ordnung und der Freiheit.

Ist die politische Ordnung und Freiheit bedroht, dann trifft diese Bedrohung indirekt auch die Kirche. Und schreitet ein rechter Staat zu deren Verteidigung, dann ist an dieser Verteidigung indirekt auch die Kirche beteiligt. Sie würde ihre eigene Verkündigung nicht ernst nehmen, wenn sie hier gleichgültig bleiben könnte. Sie kann als Kirche nur geistlich streiten und leiden, und sie wird damit indirekt das Wichtigste und Entscheidende tun, was in einem die Ordnung und das Recht verteidigenden Staat für diesen zu geschehen hat. Sie wird aber umgekehrt auch anerkennen, dass das menschliche Streiten und Leiden des Staates und der Soldaten dieses Staates indirekt auch für sie geschieht.

In diesem Sinne habe ich den gesperrten Satz meines Briefes geschrieben. Von einer «Identifizierung» zwischen dem Streiten und Leiden der Kirche und dem des Staates ist in diesem Satz keine Rede. Es sollte aber auch nicht übersehen werden dürfen, dass es zwischen dem Streiten und Leiden der Kirche und dem des Staates dann eine Gemeinsamkeit gibt, wenn der Staat als rechter Staat für die Ordnung gegen eine blinde Dynamik und für die Freiheit gegen eine brutale Tyrannei einzutreten hat. Dann hat die

Gewalt oder Gewaltlosigkeit?

Nochmals ein Brief von Karl Barth

Pfarrer Kurt Marti hat am 8. September anlässlich einer Kundgebung über die Tschechoslowakei im Stadttheater Basel (vom Fernsehen übertragen) einer unbegrenzten Gewaltlosigkeit das Wort geredet. Die Frage «Gewalt oder Gewaltlosigkeit» ist freilich nicht so einfach zu beantworten, auch aus christlicher Sicht nicht, wie der nachstehend ungekürzt wiedergegebene Brief des führenden Theologen Karl Barth dartut. Er ist vor 30 Jahren an eine Vertreterin des Vereins «Kirche und Frieden» in Holland gerichtet worden.

24. Oktober 1938

Sehr geehrte Frau Pfarrer!

Ihr Brief hat mich sehr bewegt, und ich will Ihnen gerne sagen, was ich über die Sache denke. Im entscheidenden, nämlich darin, dass der Augenblick gekommen sein dürfte, die Voraussetzungen Ihres Vereins einer gründlichen Ueberprüfung zu unterziehen, habe ich dem, was Sie selbst geschrieben haben, nichts hinzuzufügen.

Wenn das Programm von «Kirche und Frieden» im Sinn einer kirchlichen Bejahung eines unbedingten Pazifismus zu verstehen war, dann war es theologisch von Anfang an unmöglich. Die Kirche kann das Gebot Gottes mit keinem Prinzip, mit keinem «ismus» identifizieren, mit dem Pazifismus so wenig wie mit dem Militarismus. Die Kirche kann und muss wohl den Frieden verkündigen; sie muss aber in jeder neuen Situation neu offen sein dafür, aus Gottes Wort zu hören, was jeweilen unter Frieden zu verstehen ist. Sie kann sich also nicht darauf festlegen, dass dieser Friede durchaus und unter allen Umständen darin bestehen müsse, dass nicht geschossen wird.

Die Kirche muss darum beten und darum muss sie auch dafür arbeiten, dass der Staat nach innen und aussen ein rechter Staat sei. Zum rechten Staat gehört auch das, dass er den Frieden schützt: aber eben schützt, und zwar den Frieden, der der Gerechtigkeit und der Freiheit dient und in Gerechtigkeit und Freiheit zustande kommt. Nur in diesem Frieden kann ja auch das Evangelium verkündigt werden. In jedem anderen Frieden wird das Evangelium der Unterdrückung oder dem Gespött verfallen. Die Kirche kann das dulden, wenn es so kommt; sie kann es aber nicht wollen, dass es so kommt. Sie muss um des Evangeliums willen den rechten Staat und also den rechten Frieden wollen.

Um des rechten Friedens willen darf die Kirche dem Staat nicht wehren, das Schwert zu führen. Und wieder um des rechten Friedens willen darf sie nicht von ihm verlangen, dass er das Schwert «umsonst führe» (Röm. 13, 4). Wenn der Staat den Frieden nicht mehr anders schützen kann, dann muss er ihn mit dem Schwert schützen. Die Kirche wird darum beten und dafür arbeiten, dass das nicht nötig werde. Sie wird sich aber die Augen nicht verschliessen vor der eintretenden Notwendigkeit — es kann sogar sein, dass sie diese früher sehen muss als der Staat selber!! —, und sie wird dann ihren Gliedern sagen, dass sie «dem Kaiser geben sollen, was des Kaisers ist».

Die Diktatur ist das ausgesprochene Regiment der bewussten und planvollen Ungerechtigkeit und Unfreiheit. Die Diktatur ist als solche die Bedrohung des rechten Friedens. Im Zeitalter der Diktaturen muss die Kirche in allen noch nicht von ihnen beherrschten Ländern mit dem Willen zum rechten Frieden auch die Bereitschaft zu dessen Verteidigung gutheissen und fordern. Sie hat um des Evangeliums willen und durch die Verkündigung des Evangeliums den demokratischen Staat aufzurufen, um jeden Preis, auch um den von Not und Untergang, starker Staat zu sein, das heisst: den Diktaturen an seinen Grenzen mit allen Mitteln Halt zu gebieten. Und sie hat ihren Gliedern um des Evangeliums willen und durch die Verkündigung des Evangeliums zu sagen, dass es etwas gibt, das schlimmer ist als Sterben und als Töten: das freiwillige Jasagen zu der Schande der Herrschaft des Antichrist.

Was Ihren Verein betrifft, so scheint es mir zwei Möglichkeiten zu geben: entweder Sie verwandeln ihn ausdrücklich in einen Verein «Kirche und Staat», der sich die Besinnung auf die politische Aufgabe der Kirche und ihre Verkündigung zum Ziel machen würde, oder Sie lassen ihm seinen Namen «Kirche und Friede», interpretieren diesen aber nach seinem grundsätzlich und praktisch allein möglichen Sinn: «Kirche und rechter Friede», was dann ebenfalls auf die angegebene neue Zielbestimmung hinweisen würde.

Ich nehme an, dass meine letzten Schriften, «Rechtfertigung und Recht» und «Gotteserkenntnis und Gottesdienst», dort auch bekannt sind, darf mich aber jedenfalls auf das dort weiter Ausgeführte vorläufig beziehen.

Mit freundlichem Gruss an Sie, Ihren Mann und an alle Ihre und meine Freunde

Ihr sehr ergebener Karl Barth

Kirche sich nicht von ihm zu distanzieren, sondern solidarisch neben ihn zu treten. Der Satz vom tschechischen Soldaten meint in konkreter Anwendung sehr schlicht das, was 1. Tim. 2, 1—3 als Grund des christlichen Gebetes für die Obrigkeit angegeben ist: «...auf dass wir ein ruhiges und stilles Leben führen mögen in aller Gottseligkeit und Ehrbarkeit». Eben dazu ist der rechte Staat da. Und eben dazu muss es leider, solange es Ordnungsbrecher und Freiheitsstörer gibt, auch Soldaten und dann wahrlich auch ein christliches Lob des Soldaten geben.

Getäuscht habe ich mich am 19. September nur darin, dass ich die Widerstandskraft sowohl der Tschechoslowakei als der anderen europäischen Ordnungs- und Freiheitsstaaten und auch die Einsicht der europäischen Kirchen damals überschätzt habe. Prag ist nicht fest geblieben, und London und Paris sind nicht wieder fest geworden. Und die Kirche hat, mehr mit der Frage nach dem Frieden überhaupt, als, wie es sich gehörte, mit der Frage nach dem rechten Frieden beschäftigt, nichts dazu zu sagen gehabt. Wir werden alle dafür bezahlen müssen, dass jene Widerstandskraft nicht grösser gewesen ist, dass die Regierungen, die Völker und die Kirchen sich in der Weise haben bluffen lassen, wie es vor und nach dem 30. September geschehen ist.

Karl Barth ■

Nationalrat Ernst Bircher, Bern

Jacken und Zwangsjacken

Es ist soviel über die neueste tschechoslowakische Tragödie geschrieben und gesagt worden, dass man Hemmungen hat, noch etwas beizutragen. *Zwei Aspekte* haben mich ganz besonders beschäftigt. Zum ersten könnte man als Ueberschrift setzen:

Dreimal Zwangsjacke in 30 Jahren

Im Spätsommer 1938 hatte ich Gelegenheit, an einer von der tschechoslowakischen Völkerbundsvereinigung organisierten internationalen Sommerschule für zentraleuropäische Probleme in der Hohen Tatra teilzunehmen. Die meisten der begeisterungsfähigen Demokraten aus den Balkanländern und aus den baltischen Staaten, die uns zwei Schweizer so um unsere Demokratie beneideten, sind wohl inzwischen unter die Stiefel der Nazis oder der Kommunisten geraten — einige wenigen haben es als Emigranten in anderen Kontinenten weit gebracht. Auf der Rückreise geriet ich in Eger in eine Kundgebung der Henlein-Nazis und erlebte schaudernd die Hysterie fanatisch und verzückt «Heil, Heil» brüllender Massen und die tierischstumpfen Gesichter der Leibgarde des sudetendeutschen Miniaturführers. Beinahe wäre ich verprügelt worden, weil ich weder mitschrie noch den Arm zum Gruss reckte.

In den Diskussionen in der Tatra hatten die Probleme lösbar ausgesehen. Nur beschlich mich ein ungutes Gefühl: arme Demokratie Thomas Masaryks. Noch nachdenklicher aber machte mich der Anblick von langen Güterzügen mit Tanks und Geschützen, die im Morgengrauen meinen der Heimat zurollenden Zug Richtung tschechische Grenze kreuzten. Ich atmete erst auf, als ich die Schweizer Grenze überquert hatte.

Weniger als drei Wochen später heimste Hitler mit dem Münchner Abkommen einen grossen Prestigeerfolg ein, und Herr Chamberlain posierte mit «peace for our time», errungen mit dem Regenschirm. Hitler erklärte: «Wir wollen keine Tschechen»; er sei mit der Abtretung der deutschbesiedelten Gebiete der Tschechoslowakei an Deutschland zufriedengestellt. Herr